

Über die Grenzen hinaus – Globales Management

Internationale Konferenz

gemeinsame Veranstaltung der Stiftung Bruno Kreisky Archiv, des Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog, der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Dr. Karl-Renner-Instituts

Berlin, 14. und 15. November 2001

TeilnehmerInnen:

Holger Börner Ministerpräsident a. D.
Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung

Bundeskanzler a. D. Franz Vranitzky
Vorsitzender des Vorstandes des
Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog

Wolfgang Thierse
Präsident des Deutschen Bundestages
Vorsitzender des Kuratoriums der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Christoph Bertram
Direktor des Forschungsinstituts der
Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Ronald W. Pruessen
Universität von Toronto

Frances Connelly
Stellvertr. Direktorin des Acronym-Instituts, London

Ernst-Otto Czempel
Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung,
Frankfurt am Main

Franz Nuscheler
Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden,
Duisburg; Mitglied im wissenschaftlichen Beirat
des Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog

Lothar Brock
Universität Frankfurt am Main

Peter Anyang' Nyong'o
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Kenias

Oliver Rathkolb
Leiter der Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Wien,
Wissenschaftskoordinator des Bruno Kreisky Forums

Harald Schumann
Journalist und Publizist, Berlin

Udo E. Simonis
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin

Joseph P. Daniels
Marquette University, Milwaukee, Wisconsin

Ewald Nowotny
Vize-Präsident der Europäischen Investitionsbank,
Luxemburg

Irene Freudenschuß-Reichl
Direktorin bei der UNIDO, New York

Tony McGrew
University of Southampton

Peter Leuprecht
McGill University, Montreal
Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der Vereinten
Nationen für Kambodscha

Anne Burley
Sonderberaterin des Generalsekretärs
von Amnesty International, London

Heidmarie Wieczorek-Zeul
Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit

In einer zwei Tage dauernden internationalen, interdisziplinären Expertendiskussion über die neuesten Forschungserkenntnisse auf dem Gebiet des globalen Managements seit den 70er Jahren wurden folgende Themen behandelt:

- Bipolare Welt und Entspannungspolitik
- Nord-Süd-Konflikt
- Ökonomie und Ökologie
- Entwicklung der nicht-und supranationalen Organisationen (NGOs und internationale Organisationen)
- Ursprung und Entwicklung von globalen Wertsystemen. am Beispiel von Menschenrechtsfragen
- Entwicklung des internationalen Rechts

Eine Folgekonferenz, deren zentrales Thema die Entwicklung von zukunftsorientierten Modellen des globalen Managements sein soll, ist für das Jahr 2003 in Wien geplant.

In seiner Eröffnungsrede skizzierte Franz Vranitzky die politischen Rahmenbedingungen für globales Management anhand von sieben Anmerkungen:

- den historischen Kontext des Integrationsprozesses und der früheren Ostpolitik
- den europäischen Einigungsgedanken
- die Austrocknung der Arbeitsmärkte mit Fachkräften
- die Zukunft des Einigungsgedankens
- die Globalisierung nach dem 11. September 2001
- die „Neue Weltwirtschaftsordnung“
- die digitale Revolution

“Für uns Integrationseuropäer sind heute die vielen Freiheiten selbstverständlich.

Wir haben so viele Freiheiten, dass manche bereits wieder an deren Einengung denken.

Also doch nicht so ohne weiteres ‘Über die Grenzen hinweg’ ?” lautete Franz Vranitzkys Eingangsfrage.

Die erste, historische Anmerkung leitete er mit einem Zitat der österreichischen Schriftstellerin Ingeborg Bachmann ein. Sie formulierte einst, dass die Geschichte zwar ständig lehrt, aber keine Schüler finde. Vranitzky: “Klingt gut, muss aber nicht in jedem Fall stimmen. Die Anfänge des europäischen Integrationsprozesses dienten dem Ziel, einem Dritten Weltkrieg von der ersten Stunde an den Wind aus den Segeln zu nehmen.” Auch sei der Behauptung entgegenzutreten, die "Ostpolitik" der Nachkriegspolitiker hätte den Kalten Krieg verlängert und die konsequente Fortsetzung der Kontakte zu den kommunistischen Regimen hätte systemerhaltend gewirkt.

Vranitzky: “Es ist absurd zu glauben, dass Willy Brandt, Helmut Schmidt, Bruno Kreisky und andere Politiker in Europa und den USA, die wesentlich die Entspannungspolitik der späten sechziger Jahre und vor allem der siebziger Jahre gestalteten, dies taten, nur um den Zerfall des Kommunismus zu verhindern. In Wirklichkeit haben sie dazu beigetragen, dass aus dem Kalten Krieg der Supermächte in Europa nie ein heißer Krieg geworden ist - trotz der militärischen Interventionen der Sowjetunion in Ungarn 1956, in der Tschechoslowakei 1968 und in Afghanistan 1979 und trotz der Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Jahr 1980.”

Es sei gerade die Weitsicht jenes "dosierten Antikommunismus" der Sozialdemokraten gewesen, der die Entspannungspolitik zu einem wesentlichen Stabilitätsfaktor werden ließ. Außerdem habe die Entspannungspolitik auch im ideologischen Überbau nie ein vereintes Europa aus dem Auge verloren und die vitalen Interessen Rußlands und Osteuropas berücksichtigt. Diese Politik sollte nicht nur die "deutsch-deutsche-Frage" betonen, sondern

im Rahmen der "Ostpolitik" die Beziehungen der Europäischen Union zu den ehemals kommunistischen osteuropäischen Staaten weiterentwickeln, um Stabilität in Europa abzusichern. "Ich sehe das nicht als Gegensatz zum atlantischen Bündnis und zum gemeinsamen Antikommunismus. Sehr wohl aber als eine der frühen Grundlagen für die sogenannte Osterweiterung der Europäischen Union."

In der zweiten Anmerkung zum europäischen Integrationsgedanken stellte sich Vranitzky die Frage, ob und wie die Europäische Union ihr Gesellschaftsmodell einer sozialen Demokratie unter den globalen Bedingungen behaupten und weiterentwickeln könne. "Ich sehe die europäische Integration nicht nur als das Beseitigen leistungshemmender Grenzen, nicht nur als das ökonomische, politische und kulturelle Zusammenrücken der Völker hier in Europa, sondern ich sehe sie auch - und das ist ja die Globalisierungssituation schlechthin - als eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Kontinents Europa gegenüber den USA oder auch gegenüber den Einwohnergiganten Asiens."

So gesehen seien die Integrationsgegner, die den Leuten Integration und Fremden-Abneigung in einem Aufwaschen näher bringen, in Wirklichkeit mittel- und längerfristig die „Gegner unserer Zukunft. "Oder anders ausgedrückt: „Das Interesse für den Integrationsfortschritt ist ein patriotisches Interesse. Allerdings sind wir gefordert, Integrationsfortschritt nicht allein als Metapher für die Erfolgreichen in der Leistungsgesellschaft zuzulassen. Mit Recht würden dann die Zurückgebliebenen Integration kausal mit dem Modernisierungsverlierer assoziieren. Bildungs- und Sozialpolitik sind ohnehin immer unerlässlich, im hier angesprochenen konkreten Zusammenhang erst recht."

In der Diskussion über Zuwanderungs- und Arbeitsmarktpolitik sei die nahezu EU-weite Austrocknung der Arbeitsmärkte mit gut ausgebildeten Fachkräften für ihn das wichtigste Thema, so Vranitzkys dritte Anmerkung. "Gemeinsam erdachte europäische Politik ist gefordert, nicht um bloß die Grenzen gegenüber den Nichtmitgliedsländern dicht zu machen, sondern um einen unkoordinierten Wettbewerb der Mitgliedsländer nach Arbeitskräften in den Beitrittsstaaten zu verhindern."

Viertens stehe das europäische Einigungswerk vor einer großen nächsten Etappe der Vorhaben. Die gemeinsame Währung werde eine wirksame Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik erfordern und zur Bekämpfung von Terror und organisierter Kriminalität müssten die unterschiedlichen Rechtssysteme einander angepasst werden.

Fünftens werde im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Globalisierung behauptet, nach dem 11. September sei nichts mehr wie zuvor. Vranitzky vor Doha: "Ob bei dieser WTO-Konferenz die enorme wirtschaftliche und soziale Ungleichheit in der Welt abgebaut werden kann, sei zu bezweifeln. Die jüngsten Ereignisse haben dies aber stärker in das Bewußtsein der Menschen gerückt. Damit wurde das von Brandt, Kreisky und Palme mit dem Nord-Süd-Dialog geweckte Bewusstsein wieder belebt."

Vranitzky teile die Meinung von Wirtschaftsnobelpreisträger Stiglitz, dass die Handelsliberalisierungen zu einer Verschlechterung der Volkswirtschaften geführt hätten, denn sie hätten diese Länder der Unsicherheit der internationalen Märkte ausgeliefert. "Eine Korrektur der durch die Liberalisierungsverträge der Uruguay-Runde erzeugten Ungleichheiten ist notwendig. Ohne derartige Abmachungen bleiben die Risiken für die globale Ökologie, für die soziale Sicherheit insbesondere in den wirtschaftlich weniger erfolgreichen Staaten im Süden und Osten aufrecht, und nicht zuletzt wird die Durchsetzung der Menschenrechte immer wieder offen bleiben." Die Globalisierung der Wirtschaft bedeute dann nicht nur neue Risiken (für die Arbeitnehmer, für die Ökologie etc.), wenn es gelänge, den transnational agierenden Unternehmen durch die Vorgabe politischer Rahmenbedingungen sinnvolle Grenzen zu setzen.

Unter der Formel "Neue Weltwirtschaftsordnung" werde viel Unterschiedliches verstanden, so die sechste Anmerkung. "Je nach Standpunkt und Temperament wird man die Fortschritte im Welthandelsbereich und im europäischen Währungsgeschehen als Elemente einer solchen einstufen können. Andere werden einwenden, die Ereignisse auf den Finanzmärkten der Welt flössen ihnen eher Furcht ein als das Gefühl der Ordnung. Viele dieser Themen werden für meinen Geschmack vorwiegend technokratisch diskutiert. Das eigentlich Substanzielle, nämlich, dass es sich um zutiefst politische Fragen handelt, bleibt unterbelichtet."

Siebtens: Die wirtschaftliche Freizügigkeit habe in ihrem raschen Vordringen - weltweit - eine Partnerin: Die digitale Revolution. Führungskräfte der in wenigen Jahren, ja Monaten, entstandenen Konglomerate oder auf andere Weise groß gewordenen Mammutgebilde disponierten über atemberaubende Größenordnungen. "Ich möchte hier etwas nicht unerwähnt lassen: Nämlich den Umstand, dass auch wohlmeinende Beobachter das Zögern, die Zurückhaltung der großen Unternehmensleiter kritisieren, eine Positionierung in Staat und Gesellschaft einzunehmen", strich Vranitzky hervor.

“Die Gegebenheiten der Globalisierung sind also ein Faktum, das die Außen- und Innenpolitik der Staaten beeinflusst. Die "Globalisierung" ist aber oft zu einer ideologischen und politischen Chiffre geworden, um in früheren Jahren in Europa unvorstellbar hohe Arbeitslosenraten hinzunehmen, den Abbau von Sozialsystemen zu beschleunigen und ganz allgemein den Leistungsdruck auf Arbeitnehmer zu erhöhen“. Eher müsse, nach Lionel Jospin, die Globalisierung als ein Phänomen erkannt werden, das die Menschen auf dieser Welt ihr gemeinsames Schicksal erkennen lässt. “Es sind nicht die sogenannten Sachzwänge unsere Handlungsanleitung, sondern das politische Kalkül und die politische Schlussfolgerung auf der Basis nicht einer technokratisch, sondern einer weltanschaulich gebildeten festen Meinung“, so Franz Vranitzky abschließend.

Eine zusammenfassende Broschüre der Konferenz ist über die Bundeskanzler Willy Brandt Stiftung, John F. Kennedy Platz, D-10825 Berlin zu beziehen